Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 13. Februar.

Am Ministertische: v. Puttkamer, Maybach, Lucius, v. Goßler, v. Scholz.

Präs. v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird fortgesetzt.

In Tit. 66 des Extraordinariums werden zur Erwerbung der Grundstücke der Speicher-Aktiengesellschaft zu Berlin 2,600,000 M. gefordert.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Alle begleitenden Umstände, sowie die eingehenden Besprechungen dieses Titels in der Budgetkommission können mich zu meinem Bedauern nicht bestimmen, der Forderung der Regierung beizustimmen. Die Regierung hat als hauptsächliches Motiv für den Ankauf die Feuergefährlichkeit der Speicher-Grundstücke angeführt. Aber diese wird durch den Ankauf nicht aus der Welt geschafft, denn die Grundstücke müssen weiter bebaut werden und die Feuersgefahr für die Museen und das Gynäkologische Institut bleibt die gleiche. Ich bitte Sie also um Ablehnung des Titels.

Minister v. Goßler: Nach dem Brande der Hygiene-Ausstellung habe ich die Pflicht gehabt, zu überlegen, wie die mit unersetzlichen Schätzen angefüllten Museen einer solchen Feuerskalamität gegenüber sich verhalten würden. Die mit Spiritus und anderen feuergefährlichen Materialien angefüllten Speicher-Grundstücke bilden für die Museen eine große Gefahr, die um so größer wird, als durch die Glas- und Oberlichtdächer sehr leicht Flugstücke in diese Gebäude eindringen können. Da nun besonders in der Nationalgalerie und im Neuen Museum sehr viele werthvolle und unersetzliche Stücke unter Verschluß gehalten werden, so kann sehr leicht das Feuer zu spät erkannt werden, wenn die Feuerlöschkunst nicht mehr abhelfen kann. Auch für die Gynäkologische Anstalt, die übrigens dringend einer Vergrößerung bedarf, bieten die Grundstücke große Gefahr. Da ich beim Finanzministerium die Anregung zu dieser Position gegeben habe, mußte ich sie auch in meinen Etat aufnehmen, trotzdem ich wußte, daß ich damit einen schweren Stand haben würde. Aber uns fehlen leider sehr viele Grundstücke, die wir nöthig brauchen und deshalb ist es sehr wichtig, daß wir diese im Centrum gelegenen Grundstücke für uns ankaufen. Wir haben die Mappen voll mit schönen Entwürfen und Plänen, die alle nicht zur Ausführung kommen können, weil uns das Terrain dazu fehlt. Die Stadt Berlin, die stets rechtzeitig dafür sorgt, Terrain vorräthig zu haben, hat uns in den Konkurrenzen bei Schulbauten immer geschlagen. Wenn die Stadt mit ihrem Bau schon halb fertig war, hatten wir noch immer die Platzfrage zu erledigen. Diesem guten Beispiele Berlins wollen wir nacheifern, indem wir diese Grundstücke zur rechten Zeit ankaufen.

Abg. Dr. Windthorst: Es handelt sich hier um einen Kauf auf Lager. Bewilligen wir diesen Kauf, so müssen wir später wieder Millionen von Mark bewilligen, um das Terrain zu bebauen. Heute sollen wir der Forderung zustimmen, ohne zu wissen, was gebaut werden soll. — Schon die Zerrissenheit des Terrains sollte uns von dem Ankauf abhalten. Aber vor Allem ist doch zu bedenken, daß man endlich Sparsamkeit üben muß. Die Abgg. Virchow und Hänel werden mir wieder vorwerfen, daß der Staat andere Aufgaben und andere Rücksichten hat als der Privatmann und Abg. Hänel wird vielleicht wieder von der Munifizenz der Päpste sprechen. Ich bin nicht gegen die Munifizenz, es wäre ja sehr hübsch, wollte Jemand dem Museum einen Rembrandt oder einen Murillo schenken. (Heiterkeit.) Aber hier handelt es sich um eine Munifizenz aus den Taschen der Steuerzahler, und da bewilligen wir nur was nöthig ist. — Man hat die Feuersgefahr als Motivirung dieses Titels vorgeführt — aber wer hat denn das Abgeordnetenhaus gegen Feuersgefahr gesichert? Mein Nachbar sagt mir eben, wir wären keine Kunstwerke. (Heiterkeit.) Das ist ja ganz richtig! Gegen die Feuergefährlichkeit der Speicher-Grundstücke kann doch, wie in kleinen Städten, die Polizeibehörde Vorsorge treffen — wir haben doch Herrn v. Madai hier! Wenn aber die Museen nicht ausreichen für all' die Schätze, weshalb hat man dann noch 2 Millionen für Neuankäufe gefordert? Wir haben doch weit nothwendigere Bedürfnisse, dazu gehört der Neubau des Abgeordnetenhauses. Denn unsere Unterhaltungen haben doch auch einen gewissen Werth, selbst wenn wir auch keine Kunstwerke sind! (Heiterkeit.)

Abg. v. Wedell-Malchow erklärt sich für die Bewilligung dieses Titels, da er nach den Erklärungen des Ministers die Verantwortung für die aus einer Feuersgefahr den Museen und der Gynäkologischen Anstalt drohenden Schädigungen nicht übernehmen will. Der Preis für diese Grundstücke ist ein verhältnißmäßig geringer. Lehnen wir heute diesen Titel ab, so wird immer und immer wieder diese Forderung an uns herantreten, und später würden wir sie nicht mehr zu einem derartig mäßigen Preise erhalten können. Der Staat macht meiner Meinung nach ein gutes Geschäft mit diesem Ankauf — ich bitte Sie daher, dem Titel zuzustimmen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde erklärt, zwar gegen die „lieben Berliner" zu sein, aber doch für den Titel. Berlin gefällt mir nicht, die Gegensätze Berlins kann ich nicht vertragen, Berlin ist immer loyal und wenn es dazu kommt, opponirt es immer. (Heiterkeit.) Freilich ist Berlin Reichshauptstadt. Aber bei uns im Osten stand man der Errichtung des Deutschen Reiches wenig sympathisch gegenüber, man ließ sie sich gefallen. (Unruhe.) Finanziell haben wir große Opfer gebracht, die deutsche Krone ist wesentlich aus preußischem Gotde geschmiedet. — Gegen die Bewilligung dieses Titels macht man geltend, wir haben kein Geld und Abg. Windthorst verlangt Sparsamkeit. Einmal machen wir Steuerersatze und dann schaffen wir eine Hannöversche Provinzialordnung, die 600,000 Mark kostet. Sparen Sie doch da, Abg. Dr. Windthorst! (Heiterkeit.)

Abg. Stengel: Meine Fraktion wird für diesen Titel eintreten. Die Gründe, die gegen den Titel geltend gemacht worden, bestehen wesentlich darin, daß noch keine rechte Verwendung für das Terrain da ist und der Staat also gewissermaßen Spekulation treibt. Diese Vorwürfe treffen doch aber nicht zu, der Staat thut doch mit dem Ankauf weiter nichts, als was die praktische Klugheit gebietet. — Das Motiv, das für den Ankauf geltend gemacht worden ist, die Feuergefährlichkeit dieser Grundstücke, hat keine Widerlegung hier erfahren und ist doch sehr zu beachten. Den weiteren Motiven des Etats, so besonders der Zinansichtstellung der Vermehrung der Kunstsammlungen, kann ich nicht ganz beipflichten und diese Motive dürften es auch sein, die gegen den Titel eine Gegenrichtt hervorgerufen haben. Abg. Windthorst hat in seiner vorigen Rede eigentlich nicht gegen diesen, sondern gegen einen früheren, den Zweimillionen-Titel gesprochen — diese Position ist doch aber wirklich schon erledigt. — Durch eine Ablehnung dieses Titels würde das Haus eine Verantwortung von größter Tragweite übernehmen. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. v. Rauchhaupt: Ich muß zunächst meinem Fraktionsgenossen v. Meyer entgegentreten, wenn er u. a. sagt, uns im Osten sei an der Errichtung des Deutschen Kaiserreichs wenig gelegen gewesen. Herr v. Meyer hat nicht Namens der Fraktion, sondern nur für seine Person gesprochen. — Wir haben seinerzeit beschlossen, den Packhof wegen seiner Feuergefährlichkeit zu verlegen. Und nun verlangt man, wir sollen aus denselben Gründen noch Grundstücke jenseits der Spree ankaufen — das ist doch zu viel verlangt. Wir haben doch wohl in Berlin noch eine gute Feuerwehr. Wichtiger als dieser Titel erscheint mir denn doch wirklich erst der Neubau des Abgeordnetenhauses.

Abg. Dr. Graf (Elberfeld) spricht sich infolge der Erklärungen des Kultusministers für Bewilligung des Titels aus.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn Sie ein Terrain zum Arrondiren der Gynäkologischen Anstalt brauchen, so kaufen Sie doch das kleine Stückchen, das dazu nöthig ist. Dazu braucht man noch nicht 2 Millionen. Dem Abg. v. Meyer muß ich entgegnen, daß seine Ansicht vom deutschen Reiche falsch ist, die Kaiserkrone ist eine deutsche, keine preußische! (Beifall im Centrum.) Ich freue mich, daß Abg. v. Rauchhaupt gegen die Aeußerung seines Fraktionsgenossen eingetreten ist. Zur Sache wiederhole ich, wir wollen nicht die Mittel für ein Terrain bewilligen, dessen Bebauung dann wieder viel Geld kostet. Sind Gelder vorhanden, so muß daraus zunächst der Neubau des Abgeordnetenhauses bestritten werden. Dieser Neubau ist das wichtigste Bedürfniß und dieses muß zunächst befriedigt werden.

Abg. Löwe (Berlin): Ich und ein Theil meiner Freunde werden dem Titel in dem Bewußtsein zustimmen, daß wer die Bewilligung für nothwendig hält, auch dafür stimmen muß und sich durch die Ausführungen des Finanzministers in der gestrigen Sitzung nicht verstimmen lassen darf. Wenn die Meinung des Hauses zu Ungunsten des Titels schwankend geworden ist, so hat daran das gestrige Auftreten des Ministers v. Scholz Schuld und wenn der Titel abgelehnt werden sollte, so hätte sich Minister v. Goßler bei seinem Amtskollegen dafür zu bedanken. (Lebhafter Beifall links.) Auch bei dem Prinzipe größter Sparsamkeit erscheint dieser Ankauf als eine Nothwendigkeit. Ein weiterer Ausbau der Museen 2c. ist nothwendig, kaufen wir nicht jetzt billig, so müssen wir später theurer kaufen. Auf das gute Beispiel der Stadt Berlin in dieser Beziehung hat Minister v. Goßler bereits hingewiesen. Berlin hat stets Terrain in Bereitschaft, es thut verhältnißmäßig viel mehr als andere große Städte und bringt seiner Stellung als Reichshauptstadt große Opfer. Um so mehr muß ich die Unterstellung des Abg. v. Meyer zurückweisen. Berlin ist loyal, und jede politische Ueberzeugung ist vollberechtigt. Auch Gesinnungsgenossen des Abg. v. Meyer haben schon auf der Linken gesessen. Unsere politische Stellung ist dem Staate mindestens ebenso nützlich, als die Ihre. (Beifall links.)

Berichterstatter Abg. Dr. Virchow empfiehlt die Annahme des Titels namens der Kommission, in der nicht allein die Rücksicht auf die Feuergefährlichkeit dieser Grundstücke, sondern besonders der Hinblick auf nothwendige Neubauten — Abgeordnetenhaus, Bibliothek, Kunstakademie — den Ausschlag gegeben haben.

Der Titel wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 150 Stimmen genehmigt.

Tit. 29 von Kap. 121 (Ruhegehaltszuschüsse für emeritirte Lehrer 700,000 Mk.) hatte

Abg. Dr. Bender (Königsberg) beantragt, um 100,000 Mk. zu erhöhen, denselben also auf 800,000 Mk. festzusetzen.

Die Budgetkommission schlägt vor, den Antrag Bender abzulehnen und Tit. 29 unverändert zu bewilligen.

Abg. Schmidt (Sagan) erklärt im Namen seiner freikonservativen Freunde, er werde dem Antrage Bender zustimmen, um dem Nothstande unter den emeritirten Lehrern bis zur Einführung des verheißenen Schuldotationsgesetzes wenigstens einigermaßen abzuhelfen und dies um so mehr, als gewiß noch geraume Zeit bis zur Einführung desselben vergehen wird. Man würde Mißdeutungen im Lande ausgesetzt sein, wenn man diese geringe Summe von 100,000 M. zur Abhilfe dieses dringenden Nothstandes nicht bewilligte, für andere weniger wichtige Ausgaben jedoch ungeheure Summen verausgabe. Redner hofft, daß auch die Regierung in dieser Angelegenheit Entgegenkommen zeigen werde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Wir stimmen für den Antrag Bender, trotzdem wir es für bedenklich halten, der Regierung gegenüber die parlamentarische Initiative zur Erhöhung des Etats zu ergreifen. Auch die Regierung hat ja das Bedürfniß nach Verbesserung der Lage der emeritirten Lehrer anerkannt, indem sie sich zum Schuldotationsgesetz bereit erklärte, und in der Budgetkommission ist festgestellt, daß noch über 250 Lehrer mit ihren Familien von weniger als 300 M. Pension leben müssen. Wenn wir daher zugleich bedenken, daß wir bereits 400,000 M. im Etat abgesetzt haben, und daß die Regierung unserem Uebereinkommen freundlich entgegenkam und eine Erwägung der Angelegenheit versprach, so muß es absolut unbegreiflich erscheinen, warum die Budgetkommission sich gegen diesen Antrag ablehnend verhält. Ich halte es für absolut zulässig und gerechtfertigt, diese 100,000 M. zu bewilligen und bitte das Haus in diesem Sinne zu entscheiden.

Minister v. Scholz: Die ganze Frage ist wesentlich eine taktische, ob man für den einen oder anderen Antrag sich entscheidet. Trotzdem aber der Antrag Bender überall sympathisch berührt und der Zustimmung des Hauses ja sicher scheint, so halte ich es dennoch für richtig, stets die festen Grundsätze in Finanzsachen zu beachten, um eine einheitliche Regelung des Finanzwesens zu ermöglichen. Zu dem Zeitpunkte nun, als die Fertigstellung des letzten Etats erfolgen mußte, im Herbste v. J., lagen der Regierung keine Anzeichen vor, daß jene Summe von 700,000 M. für ihren Zweck unzulänglich sein würde. Als sich jedoch in den nächsten Monaten dieses Bild änderte, hat die Regierung nicht angestanden, sofort in eine neue Prüfung dieser Etatsposition einzutreten, um, wenn sich eine Erhöhung als nothwendig herausstellt, mit einem diesbezüglichen Antrage vor das hohe Haus zu treten. Ich kann daher nur vom Standpunkt der Sorge für Einhaltung eines einheitlich geregelten Finanzwesens und für Aufrechterhaltung der Initiative der Regierung bitten, lassen Sie sich nicht von der Popularität des Antrages bestechen, und bedenken Sie, das Ziel ist ja beidemal dasselbe.

Abg. Knörcke begreift nicht, wie nach dieser Anerkennung des Bedürfnisses die Regierung noch erst neue Erhebungen anstellen will, selbst wenn bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Etats sich das Bedürfniß nicht gezeigt hätte. Ihm liege eine Verfügung vom 7. Okt. v. J. vor, daß die Nothlage zwar anerkannt werde, aber neue Unterstützungen wegen Mangel an Fonds nicht gegeben werden könnten. Er hätte sich vielmehr gefreut, wenn der Herr Minister eine unmittelbar zustimmende Erklärung gegeben hätte; denn die alten Lehrer könnten nicht von Sympathien und Hoffnungen leben. Er halte es daher für Pflicht, dem Antrage Bender zuzustimmen in der zuversichtlichen Hoffnung, die Regierung werde dem dringendsten Nothstande abhelfen, bis das Dotationsgesetz eine endgiltige Erledigung der Sache herbeiführe. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst hält es an sich durchaus für richtig, daß die Initiative für irgend welche Ausgaben von der Regierung ausgehe. Demgleich er daher von dem formellen Rechte des Landtages, Etatstitel zu erhöhen, auch nicht vollkommen überzeugt sei, so werde er doch dem Antrage Bender zustimmen, um einer Abhilfe jenes dringenden Nothstandes seinerseits nicht entgegenzutreten. Er erkläre aber, daß aus dieser Ausnahme kein Präjudiz für andere Fälle hergeleitet werden dürfe. (Beifall.)

Abg. Rickert: Ich freue mich um so mehr, heute für diesen Antrag sprechen zu können, als in der damaligen Sitzung, in welcher ich denselben in Aussicht stellte, sich einige Opposition dagegen erhob. Auch ich habe dabei anerkannt, daß es sich hier um einen Ausnahmefall handelte, will aber nicht immer jene alte konstitutionelle Regel gelten lassen. Wir sind ja in Preußen noch nicht so weit gekommen, daß unsere Volksvertretung, wie es in jedem konstitutionellen Staate der Fall ist, auch das Bewilligungsrecht der Einnahmen und Ausgaben hat. Vielmehr wird uns jedes noch

---

[38]

Die Frau des Geizigen.

Roman von Xaver Riedl.

(Fortsetzung.)

Inzwischen pochten Frau v. Sternheim und Philippine, ihr Kammermädchen, vergebens an die Thür der leichtsinnigen Laura.

„Laß mich allein. Ich werde läuten, wenn ich etwas brauche."

„Aber ich bin es," rief ihre Mutter. „Da ist Dein heißer Thee, den Du nehmen mußt, wie der Doktor sagt."

Nach längerem Zögern wurde die Thür ein wenig geöffnet und das Mädchen mit dem Thee eingelassen; die Mutter aber blieb ausgeschlossen.

„Wie befindet sich meine Tochter?" fragte Frau Sternheim, als Philippine ungefähr eine halbe Stunde später zu ihr herab kam.

„Das Fräulein hat sich niedergelegt, gnädige Frau. Sie sagte, sie fühle sich nicht im geringsten unwohl, aber sie sei sehr müde und sie wolle sich nicht die Mühe nehmen, sich noch zweimal anzukleiden. Sie will auch zu Fräulein v. Wellenau gehen und tanzen."

Ritter Alfred v. Buschberg fühlte sich schauerlich „enttäuscht" davon, daß Fräulein v. Sternheim lange nicht im Salon erschien, aber er tröstete sich mit der Aussicht, abends mit ihr in den rhythmischen Bewegungen eines Walzers „schauerlich glücklich" zu sein.

Doktor Frank war schweigsam und in gedrückter Stimmung. Er wünschte diesen Abend nicht mehr auszugehen, aber Frau v. Sternheim hatte einer reichen Nachbarin, einem Fräulein Wellenau, versprochen, sich abends mit allen ihren Gästen zu einem Tanzvergnügen mit Souper bei ihr einzufinden, und forderte ihn in einer Weise zur Theilnahme auf, daß er nachgeben mußte, weil er sah, daß sie wirklich tief bekümmert war.

„Die Leute würden Ihr Wegbleiben sehr seltsam finden," war ihr Hauptpunkt.

Laura erschien plötzlich in einer prachtvollen Toilette. Sie trat ein wie eine Königin und hatte niemals schöner und imponirender ausgesehen. Ihre Augen waren feurig, ihre Wangen zeigten noch das blühende Roth, das die große Himmels-Douche vom Nachmittag darauf gezaubert. Ihr goldbraunes Haar besaß wieder seinen Glanz, die schwellende Elasticität, und das wundervolle Seidengewebe mit den goldenen Schmetterlingen konnte den Neid der Feenkönigin erregen. Eine Lilie von Perlen und Gold, an der ein Falter von Brillanten hing, zitterte auf ihrem Haupte.

Aber Justin sah Drohendes in dem Feuer ihrer Augen, in dem Roth ihrer Wangen. Er schritt zu ihr und erfaßte ihre Hand.

„Sie fiebern," sprach er leise. „Hören Sie meinen Rath und bleiben Sie zu Hause; gehen Sie zu Bette und nehmen Sie alle drei Stunden einmal von der Medizin, die ich Ihnen verschreiben will."

Sie lachte spöttisch.

„Sehe ich aus, als ob ich eine Patientin für Sie wäre, Herr Doktor?" fragte sie, indem sie einen triumphirenden Blick nach einem der großen Spiegel richtete, der ihr herrliches Abbild darbot.

„Als Ihr Arzt würde ich Ihnen befehlen, zu Bette zu gehen."

„Bemühen Sie Ihre Wissenschaft nicht weiter für mich, Herr Doktor," entgegnete sie hochmüthig. „Was ist es für Sie, ob ich wohl oder krank bin? — ob ich lebe oder sterbe?" Ein leichtes Zittern machte sich in ihrem kalten Tone bemerkbar und sie wendete sich plötzlich von ihm ab.

Bei der Soirée in der Villa des Fräulein v. Wellenau bemerkte alles die eigenthümliche Erregtheit von Fräulein Laura Sternheim. Sie war in allem viel lebhafter als sonst, in Farbe und Bewegung, im Tanz, im Lächeln, im Gespräch. Ihre Blicke schienen zu phosphoresziren.

„Das muß die Liebe sein," sagte eine wiener Bankiersfrau, deren Taillen-Umfang ungefähr einen Meter betrug, seufzend zu Hedwig Pauler; „sie sieht so überglücklich aus! Aber der junge Doktor scheint mir sehr ernst. Vielleicht denkt er an einen seiner Patienten."

„Es ist so seine Manier," meinte Fräulein Pauler.

„Ja, ja; nun, alle nehmen es nicht so genau," seufzte die korpulente Dame, die täglich drei Streckfigelchen „Sulphur" in der zehnten Verdünnung nahm, um die Fettsucht los zu werden, und dabei den Freuden der Tafel in einer Ausgiebigkeit zusprach, daß von den Kosten drei Familien von Subaltern-Beamten ganz gut hätten leben können.

Es war zwei Uhr nachts, als die Sternheim'sche Gesellschaft aufbrach und nach der Villa zurückfuhr, unter den flimmernden Lichtern des Himmels. Eine kühle Luft wehte vom Höllensteinberge her, und Laura schauerte mehrmals.

„Fühlen Sie sich kalt?" fragte Justin besorgt.

„Im Gegentheil! Es ist zu heiß — ich ersticke fast in der Nachtschwüle." Sie holte lang und tief Athem. „Ich bin so beengt hier," sagte sie, mit der rechten Hand auf die Brust deutend.

„Sie müssen Medizin nehmen," drängte der Doktor, als sie, in der Villa angekommen, einen Moment im Vorhause standen, ehe sie sich in ihre Zimmer begaben. „Ich fürchte eine Lungentongestion. Ich werde Ihnen ein Glas Wasser geben mit einigen Tropfen Aconit und ein wenig Morphin. Nehmen Sie es aber bestimmt, schluckweise jede halbe Stunde."

Philippine brachte ihr die Medizin, als sie einige Minuten später vor einem Spiegel stand.

„Ich fürchte mich, ein Medikament von Doktor Frank zu nehmen," sagte Laura, indem sie mit ihren glänzenden, fieberhaften Augen einen seltsamen Blick auf das Kammermädchen richtete. „Ich glaube, er könnte mich vergiften."

Philippine lachte über den drolligen Einfall ihrer Herrin.

„Geh' zur Mama," fuhr Laura fort. „Ich ziehe vor, mich nach meiner Bequemlichkeit zum Schlafengehen fertig zu machen. Was zu thun ist, kann ich allein. Gute Nacht!"

Das Mädchen ging zögernd; Laura schloß die Thür hinter ihr.

„Jetzt bin ich allein," murmelte sie, indem sie auf und ab ging. „Nun will ich nachdenken, was ich thun soll. Ich will sterben; aber ich will nicht sterben und ihn, glücklich mit ihr, zurücklassen. Ich hieß diesen Nachmittag auf die Pferde, daß ich dachte, sie müßten durchgehen, den Wagen zerschmettern und wir beide den Hals brechen, aber er griff in die Zügel. Es muß doch noch andere Mittel geben, ich muß nur denken denken und denken! . . . Ich hatte bisher gar keine Ahnung, daß menschliche Wesen so schrecklicher Gefühle fähig seien! Ich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18840215029/fragment/page=0001

so geringe Recht, das wir uns mühsam erworben haben, lächelnd von dem Herrn Minister genommen. Und dann kommt man mit der Aufrechterhaltung der Konstitutionellen Regel. (Heiterkeit.) — Eigenthümlich berührte es mich, wenn der Herr Finanzminister sagte, das Bild sei nach dem Herbste v. J. ein anderes geworden, und wenn sein Kollege der Herr Kultusminister schon seit 2 oder 3 Jahren dieses Bedürfniß anerkannt hat, ja wenn sogar mehr als 7,000,000 Mk. dafür verausgabt sind. Diese Summe reicht also doch in keiner Weise, und ich freue mich, wenn auch der Herr Minister dies erklärt. Ich will mich daher auch dagegen verwahren, als ob diese Erhöhung schon ausreichend sei, und hoffe vielmehr, daß auch der Minister gewiß noch weiter entgegenkommen wird (Heiterkeit). Weniger als diese 100,000 Mark wird ja auch die Regierung nicht verwenden wollen; braucht sie mehr, so hat sie damit bereits eine feste Basis gewonnen. — Ueber das Dotationsgesetz erfahren wir dagegen gar nichts mehr; nach den Aeußerungen des Referenten der Budget-Kommission scheint es sogar, als sollten wir es gar nicht mehr bekommen; — der Herr Minister hat ganz geschwiegen. Ich bitte ihn daher, diese Ansicht der Budget-Kommission als eine irrige zu erklären und uns mitzutheilen, ob das Gesetz auch wirklich demnächst vorgelegt werden wird. — Inzwischen lassen Sie uns diese 100,000 Mark als eine kleine Abschlagszahlung hinnehmen, ohne auf weitere Vorschläge zu verzichten (Beifall).

Minister v. Scholz erklärt, daß das Dotationsgesetz sehr bald im Hause erscheinen werde. Er sei durch die Aeußerungen des Referenten der Kommission selbst überrascht worden, habe aber vorhin vergessen, dieselben zu berichtigen. — Wenn er von einer Aenderung des Bildes im Herbste gesprochen, so sei das nur in soweit geschehen, daß während der Anfertigung des Etats keine Anträge auf Erhöhung von Unterstützungen der Regierung vorgelegen hätten, später eingegangene allerdings aus Mangel an Fonds abschlägig beschieden seien. Die Lage der emeritirten Lehrer erfordere gewiß die Sympathie aller und die Aufgabe müsse daher eine viel weitergehende sein, als nur eine kleine Linderung einzelner Nothstände zu bewirken, zu der allein jene beantragte Erhöhung ausreichen würde.

Abg. v. Heyden-Cadow erklärt sich für den Antrag Bender und hofft, daß seitens der Regierung eine Aenderung der Grundsätze bei Vertheilung dieser Fonds beabsichtigt sei, damit namentlich nicht die Ersparnisse der Lehrer und die Verhältnisse ihrer Verwandten in eine für die Betheiligten verletzende Anwendung gebracht zu werden brauchten. Allerdings würde dann noch mehr Geld nöthig sein, aber es dürfe doch eine Emeritirung kaum mit einer geringeren Pension als 600 Mark eintreten.

Der Antrag Bender wird darauf einstimmig genehmigt.

Zu Kap. 124 Tit. 18 (Entschädigung der Geistlichen für den Ausfall der Stolgebühren 500,000 M.) beantragt die Kommission

1. die Regierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst den Entwurf des im § 54 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes verheißenen Gesetzes vorzulegen und 2. dem Tit. 18 folgenden Zusatz zu geben: Bis zum Erlaß des im § 54 des Zivilstandsgesetzes verheißenen Gesetzes können aus den Ersparnissen dieses Fonds Entschädigungen für den Ausfall von Gebühren auch an solche Geistliche und Kirchenbeamte, sowie jüdische Religionsdiener bezw. Kirchengemeinden gewährt werden, welchen ein Entschädigungsanspruch auf Grund des Gesetzes nicht zusteht.

Abg. Dr. Langerhans beantragt getrennte Abstimmung über die beiden Kommissionsanträge.

Abg. Dr. Brüel ist für den Antrag der Kommission, hätte es aber lieber gesehen, daß die Vertheilung nicht dem Staate sondern den einzelnen Religionsgenossenschaften überlassen werde.

Minister v. Scholz: Abg. Dr. Windthorst hat bei der vorigen Diskussion gesagt, nur ausnahmsweise dürfen solche Erhöhungen bewilligt werden. Mit diesem Antrage ist nun bereits eine zweite Ausnahme geschaffen. Wenn Sie in den Text des Etats einen neuen Verwendungszweck für diesen Titel einschreiben, ist das dasselbe, als ob Sie einen neuen Titel schaffen. Gehen Sie auf diesem Wege nicht weiter, sondern bleiben Sie bei Ihrer früheren Praxis, wonach Sie Ihre Wünsche der Regierung in einem Beschlusse mittheilen, der für den nächsten Etat Berücksichtigung finden sollte.

Abg. Dr. Windthorst: Ich hoffe, daß die Regierung den Antrag der Kommission als den Ausfluß unserer Wünsche für den nächsten Etat berücksichtigen wird. Sollte der Kommissionsantrag nicht angenommen werden, würde ich event. einen besonderen Antrag stellen.

Die Anträge der Kommission werden angenommen und damit ist die zweite Berathung des Kultusetats erledigt.

Ohne Diskussion wird der Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsetats genehmigt und damit die zweite Berathung des Etats beendet.

Der Präsident theilt mit, daß die zweite Berathung einen Ueberschuß von 301,660 M. ergeben hat und daß vom Finanzminister ein Nachtragsetat eingereicht worden ist, der noch vor der dritten Etatberathung zur Erledigung kommen soll.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tages-Ordnung: Petitionen.

Schluß 3 Uhr.

Vereine und Versammlungen.

Centralverein zur Bekämpfung der Bagabondage.

* Berlin, 12. Febr.

Der Verein hielt heute vormittag hier und zwar im Abtheilungssimmer Nr. 5 des Herrenhauses seine konstituirende Versammlung ab, und waren hierzu auch die Delegirten der Vorstände der Arbeiterkolonien erschienen; außerdem waren die Minister durch ihre Räthe vertreten und hatten sich auch mehrere hohe Gäste zu dieser Versammlung eingefunden. Der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths, Excellenz D. Hermes, und der Konsistorial-Präsident Hegel waren gleichfalls erschienen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Wahl eines Präsidenten und Stellvertreters des Centralvereins und ging als ersterer der bisherige provisorische Präsident Herr Graf Zieten-Schwerin auf Wustrau aus der Wahl hervor, während diejenige des Stellvertreters bis zur morgigen Sitzung vertagt wurde. Sodann gab der neugewählte Präsident ein Bild über die bisherige Thätigkeit des Centralvereins; es bestanden demzufolge am 16. Oktober v. J., wo der Verein in Hannover versammelt war, 16 Vereine und zwar für Westfalen, Königreich Würtemberg, Baden, Schleswig-Holstein, Westpreußen, Königreich Sachsen, Brandenburg und Berlin, Provinz Sachsen, Hessen und Frankfurt, Hannover, Ostpreußen, Posen, der Rheinische Verein, Oldenburg und Bremen, der Posensche Verein und der Schlesische Verein; in Elsaß-Lothringen ist ein solcher in der Bildung begriffen. Arbeiterkolonien bestehen derzeit 7, und zwar:

Wilhelmsdorf in Westfalen	mit	351	Betten,
Kästori (Hannover)	„	150	„
Bicklingen (Schleswig-Holstein)	„	154	„
Friedrichsville für Brandenburg und Berlin	„	134	„
Donaghof für Würtemberg	„	30	„
Seyda für die Prov. Sachsen	„	99	„
Dannelsberg in Oldenburg	„	50	„

zusammen mit 968 Betten.

Bei dem überaus milden Winter habe der Andrang frühzeitig nachgelassen und wurde es demzufolge einer Anzahl von Leuten leichter, wieder selbständig lohnende Arbeit zu erhalten. Was die Haltung der Leute in den Kolonien betreffe, so sei dieselbe eine mustergiltige; daß hin und wieder doch eine Ausnahme von der Regel eintritt, sei selbstredend. Ueber die Rechnungslegung wurde dem Vorsitzenden Decharge ertheilt. Nunmehr erstattete Dr. Wichern vom Rauhen Hause in Hamburg das Referat und hob vor allem hervor, daß unter den schwierigen Aufgaben, welche der neuen Institution zufallen, die wichtigste die Personalfrage sei; diese gehe mit dem Ziel der Arbeit, vor allen Dingen eine dauernde sittliche Erziehung zu ermöglichen, Hand in Hand. Es sei nothwendig, daß die Kolonisten zu ihren Führern mit Ehrfurcht und Achtung aufblicken können, schon um der Autorität und des Vertrauens willen. Die Gehilfen will Referent nur aus Brüderhäusern entnommen haben, insofern dieselben im stande sind, zu dienen. Die leitenden Personen sollten gleichfalls, soweit es möglich ist, aus Bruderanstalten gewählt werden.

An das Referat schloß sich eine lange Debatte, vorzugsweise über die Frage, woher das leitende und das Gehilfenpersonal zu nehmen sei. Die Ansichten gingen sehr auseinander, doch sei bemerkt, daß die Mehrzahl der Redner, darunter Pastor v. Bodelschwingh, sich dahin aussprachen, daß die Anstellung des Personals der freien Wahl der Kolonien zu überlassen sei.

In Bezug auf die Zahl der Aufsichtsbeamten machte Herr Graf Schwerin einige Mittheilungen, wonach in Friedrichsville auf 35 Kolonisten ein Bruder komme und hält eine größere Zahl als die genannte für zu hoch, da der Beamte dann nicht den Einfluß auszuüben vermag. Die ökonomische Leitung will Redner nicht dem Hausvater übertragen wissen, da er sonst bei 2—300 Kolonisten nicht seinen anderen Pflichten gerecht zu werden vermöchte. In Friedrichsville sei ein Hausvater aus dem Rauhen Hause angestellt, der sich außerordentlich bewähre.

Nunmehr ergriff Exc. D. Hermes das Wort und sagte, daß er nicht blos für seine Person, sondern auch die Behörde, die er vertrete, mit voller Sympathie dem Werke gegenüberstehe, dass der Centralverein im vollsten Umfange zu betreiben übernommen habe. Die Gemeinden und die Pastoren müßten zunächst für das Werk gewonnen werden, und der Evangelische Ober-Kirchenrath wird bemüht sein, ein solches Wirken zu unterstützen.

Pastor v. Bodelschwingh berichtete hierauf über die Einrichtungen und die Resultate der Arbeiterkolonie „Wilhelmsdorf" und stellte im Anschluß hieran folgende Anträge: 1. Es sind durch ganz Deutschland Natural-Verpflegungsstationen in solchen Entfernungen und mit so ausreichender Verpflegung anzulegen, daß kein arbeitsloser Mensch zum Betteln gezwungen wird. 2. Jede Natural-Verpflegungsstation soll, wenn irgend möglich, mit der Forderung einer Arbeitsleistung verbunden sei. 3. Niemand soll auf öffentliche Kosten verpflegt werden, der selbst ausreichende Mittel zur Verpflegung besitzt. 4. Strengste Maßregeln sind gegen diejenigen zu ergreifen, welche trotz dieser Verpflegung nach betteln, aber eben solch strenge Maßregeln gegen Stationshalter, welche sich auf Kosten der armen Reisenden bereichern und sie trotz ausreichender Entschädigung zum Betteln zwingen.

Landrath v. Quast-Neu-Ruppin bemerkte, daß es erforderlich sei, die Verpflegungsstationen nicht Wirthen zu übertragen, die die Berechtigung zum Ausschank von Branntwein besitzen. Ferner werde es nothwendig werden, dafür zu wirken, daß die Strafen gegen Bettler an denjenigen Orten, wo Verpflegungsstationen existiren, in härterer Weise als bisher verhängt werden.

Pastor Stursberg-Düsseldorf beantragte, eine Kommission mit der genauen Formulirung der von Herrn Pastor v. Bodelschwingh proponirten Thesen zu beauftragen.

Diesem Antrage wurde nach kurzer Debatte stattgegeben und alsdann die Sitzung bis Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

— Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania." Im der Generalversammlung am 12. d. war ein Aktienkapital von 3,400,500 Mark mit 1864 Stimmen vertreten. Der Geschäftsbericht des Aufsichtsrathes, Vize-Admiral a. D. Livonius erstattete Bericht über die Geschäftslage der Gesellschaft. Die Bilanz bot gegen die Cft. veröffentlichte Rohbilanz wenig neues. Letztere schließt mit einem Ueberschuß von 61,030 M., die vorliegende Effektiv-Bilanz mit nur 5031 M. Ueberschuß ab. Die Differenz ist darin zu suchen, daß der Vorstand auf die angefangenen Arbeiten den veranschlagten Gewinn prozentualisch zugeschlagen hatte, während der Aufsichtsrath der Meinung gewesen ist, diese 55,999 M. in der effektiven Bilanz absetzen zu müssen und diesen Gewinn erst in der Bilanz des laufenden Geschäftsjahres durchaus hervorscheinen zu lassen. Anträge auf Abschreibungen sind von dem Vorstande nicht gestellt und dies damit motivirt worden, daß die Werthe bei der Gründung derart hervorgeschrieben sind, daß nach der kurzen Vorbereitungsperiode nicht schon wieder Abschreibungen erforderlich erscheinen: dagegen sind in Reserve gestellt für zweifelhafte Forderungen und laufende Garantien 73,375 M. in vorsichtiger Weise. Ueber die Entwickelung des Geschäfts im zweiten Geschäftsjahr und über das Fortschreiten der Bauten in Tegel und die Translocation des Betriebes von Berlin nach Tegel wurden eingehende Mittheilungen gemacht, die betriebigten „Wir sind", heißt es im Bericht u. a., „überwiegend mit Arbeiten für die kaiserliche Marine beschäftigt, von der wir seit dem 1. Juli v. J. zu 15 Offerten veranlaßt worden sind, von denen 6 berücksichtigt wurden."

— Telegraphische Schiffsnachrichten. Der Dampfer des Nordeutschen Lloyd „Germania" ist am 10. d. in New-York eingetroffen. Der Postdampfer „Westphalia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von New-York kommend, am 11. d. abends 11 Uhr auf der Elbe eingetroffen, der Dampfer „Gellert" von derselben Gesellschaft hat am 12. d. früh 6 Uhr von New-York kommend, Kap Lizard passirt.

* Posen, 3. Febr. (Telegr.) Spiritus loco ohne ℔ 46,70, pr. Febr. 46,90, pr. April-Mai 47,90. pr. Juni 49,00, pr Juli 49,60. Gekündigt 15,000 Liter. Ruhig.

* Köln, 13. Febr., nachm. (Telegr.) Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 18,75, fremder loco 19,25, pr. März 18,00, pr. Mai 18,35 pr. Juli 18,60. Roggen loco hiesiger 14,50, pr. März 14,00, pr. Mai 14,05 pr. Juli 14,45. Hafer loco 14,75. Rüböl loco 35,00, pr. Mai 35,00.

* London, 12. Febr. (Telegr.) Bei der heute eröffneten Wollauktion waren 299,000 B. angeboten. Die Auktion ist stark besucht, die Konkurrenz mäßig, australische Wolle kaum behauptet, Kapwolle ½ billiger als beim Schluß der letzten Auktion.

Berliner Börse vom 13. Februar.

Deutsche und ausländische Fonds- u. Staatspapiere.	
Deutsche Reichsanleihe	102,60 bz
4½ % Konf. Anleihe	103,70 B
4 % do.	102,60 G
3½ % Staats-Sch.-Sch.	99,00 bz
Präm.-Anleihe 1855	137,00 bz
4 % Ldsch. Centrl. Pfdbr.	101,90 G
4 % Sächs. Rentenbr.	101,50 G
5 % Goth. Präm.-Pfdbr.	114,50 bz
5 % do. Gr.-H. B. do.	110 bz, 106,50 bz B
5 % Pr. Ctrb.-Pfdb.	100 bz, 104,30 bz G
4 % do.	100 bz, 100,90 bz
Pr. Hyp. Akt.-B IV.	100,50 G
Russ. Boden-Kredit	186,25 bz
do. Centr.-Bd.-Pf.	76,30 bz
4 % New-York. Stadt-Anl.	— —
Oest. Papier-Rente	67,25 bz
do. Silber-Rente	67,70 bz
4 % Oest. Gold-Rente	85,20 bz
5 % Ungar. Papier-Rente	73,90 B
4 % Ungar. Gold-Rente	76,00 B
Italienische Rente	92,90 B
5 % Rumänier	99,50 B
5 % Russ.-Engl. 1872	87,00 G
5 % Russ. Anl. v. 1877	93,00 B
4 % do. v. 1880	72,40 bz B
5 % do. Orient-Anl. II.	56,90 G

In- und ausl. Eisenbahn-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.	
Aachen-Mastricht	57,60 bz
Altona-Kiel	237,80 bz G
Berlin-Dresden	17,80 bz B
Berlin-Hamburger	428,00 bz G
Bresl.-Schw.-Freib.	129,50 G
Buschtehrader Lit. B.	78,10 bz G
Galiz. (Karl-Ludw.)	125,00 bz
Gotthardbahn	100,80 bz
Halle-Sorau-Guben	46,40 bz
Kronpr. Rudolfbahn	75,00 B
Mainz-Ludwigshafen	108,25 bz G
Marienburg-Mlawka	81,30 bz G
Mecklenburg	202,75 bz G
Oberschl. Lit. A.C.D.E.	273,20 B
do. Lit. B.	197,90 bz
Ostpreuß. Südbahn	106,70 bz
Posen-Kreuzburg	33,20 B
Rechte Oder-Ufer	154,00 G
Russische Südwestbahn	57,70 bz B
Thüringer	216,50 G
Berlin-Dresden	43,25 bz G
Halle-Sor.-Guben	115,75 bz G
Mgd.-Halberst. B. abg.	89,90 G
Marienb.-Mlawka	118,50 bz G
Oels-Gnesen	75,00 bz G
Ostpr. Südbahn	121,00 bz G
Posen-Kreuzburg	102,30 G
Rechte Od.-Ufer	193,75 bz G
Saalbahn	97,80 bz G

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.	
3½ % Brg.-Märk. III. A.	95,70 G
3½ % do. II. B.	95,70 G
4½ % do. V.	103,75 G
4½ % do. VI.	105,00 G
4½ % do. VII.	103,60 G
4½ % do. VIII.	103,60 bz G
5 % do. IX.	103,60 G
4½ % do. Pt.-Soest II.	103,30 G
4½ % do. Nordbahn	103,60 G
4½ % Berlin-Anhalt	103,75 G
4½ % Berlin-Dresden gr.	104,25 G
4½ % Berl.-Görlitz konv.	103,40 bz G
4½ % Berl.-Lehrt. III. fm.	103,60 G
4½ % Brl.-Ptsd.-Mgd. D	103,75 G
4 % Berlin-Stettin gar.	102,25 G
4½ % Braunschw. Eisenb.	104,50 G
4½ % Brsl.-Schw.-Frb. G.	103,75 G
4½ % do. H.	103,75 G
4 % Köln-Minden IV.	101,75 G
4½ % do. VI.	105,20 bz G
4½ % do. VII.	103,60 bz G
4½ % Halle-Sor. b. St. g.	103,75 G
4½ % Mgd.-Halberst. 1865	103,50 G
4½ % do. Leipzig A.	105,75 bz B
4 % do. do. B.	102,00 B
4 % do. Wittenberge	86,30 bz
4½ % Mainz-Ludw. g. kv.	101,60 bz G
5 % do. 1878 I. II.	103,90 bz B
4 % do. konv.	101,60 bz G
3 % Niedersch.-Märk. I.	101,50 G
4½ % Oberschl. E. gr.	95,60 G

4 % Oberschl. 4%/Lit. H. gr.	103,75 G
4 % do. Em. v. 73	101,75 G
4½ % do. do. v. 79	105,70 bz G
4½ % do. do. v. 80	105,60 G
4½ % Rechte Oder-Ufer	103,60 G
4½ % Thüringer VI.	103,50 G
5 % Dux-Bodenb. II.	86,00 bz G
5 % do. III.	105,25 G
fr. Dux-Prag	96,75 G
4½ % Gal. Karl-Ludw.	83,70 G
5 % Kaschau-Oderberg	83,50 bz G
5 % do. Gold	102,30 G
5 % Kronpr. Rudd. 72	86,50 G
5 % Lemb.-Czernow IV.	80,75 G
5 % Oest. Frz. Stb. alte	389,00 bz
3 % do. 1874	382,50 G
3 % do. Ergänzung.	376,00 G
4 % do. Goldprior.	96,10 bz G
5 % Oesterr. Nordwestb.	95,70 G
3 % Südöst. Bahn (Lomb.)	205,70 bz G
5 % do. Obl.	103,40 G
5 % Ungarische Nordostb.	78,70 bz G
5 % do. Gold	99,90 bz G
5 % do. Ostbahn I. Em.	79,00 bz G
5 % do. II. Em.	89,00 bz G
5 % Charkow-Azow	94,60 B
4½ % Zwangor.-Dombrow.	82,60 bz
5 % Koslow-Woronesch	59,80 bz
5 % Kursk-Kiew	102,10 bz
5 % Moskau-Rjäsan	103,80 G
5 % do. Smolensk	96,25 bz B
5 % Rjäsan-Koslow	101,75 bz G
4 % Russ. Nikolai-Obligg.	79,20 B
5 % Schuja-Iwanowo	96,30 bz
5 % Warschau-Wien IV.	102,30 B
5 % do. V.	101,90 bz G
3 % Gr. Russ. Staats-Obl.	66,40 bz
Transkaukasische Eisb.-Obl.	54,10 bz

Bank- und Industrie-Aktien.	
Aachen Diskonto	108,75 bz G
Berliner Handels-Ges.	123,75 bz G
Darmstädter Bank	153,80 bz G
Diskonto-Kommandit	194,50 bz
Deutsche Bank	144,90 bz
do. Genossenschaftsbank	127,00 G
Dresdener Bank	124,30 bz G
Leipziger Kredit-Anstalt	168,50 bz G
Magdeb. Privatbank	— —
Mitteldeutsche Kred.-Bank	94,25 bz G
Oester. Kredit-Anstalt	— —
Reichsbank	148,80 bz G
Sächsische Bank	122,25 G
Schles. Bank-Verein	107,70 bz G
Weimarische Bank	90,25 bz G
Admiralsgartenbad-Akt.	56,00 bz G
Gräflinger Papierfabrik	159,50 bz G
Dessauer Gas	180,00 bz G
Hallesche Maschinen	240,00 bz B
Lauchhütte	111,50 bz
Phönix-Bergwerk Lit. A.	35,50 bz G
do. B.	30,00 bz G
Dortmunder Union	24,00 B
Bochumer Gußstahl	93,00 B
Hörd. Hütt.-V. konv.	58,10 G
Glanziger Zucker	89,25 bz G
Kirchsöhrner Zucker	143,00 G
Sächs.-Th. Bz.-B. St.-Pr.	192,50 B
do. St.-Prior.	192,50 B
Sächs. Masch. (Hartmann	128,25 bz G
do. Stickmaschinen	119,50 bz G
Zeitzer Maschinen	152,00 bz G

Wechsel.	
Amsterdam 100 fl. 8 T.	— —
Brüssel, Antw. 100 fr. 8 T.	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	— —
Paris 100 fr. 8 T.	— —
Wien öst. W. 100 fl. 8 T.	168,50 bz
Petersb. 100 S.-R. 3 Wk.	197,20 bz

Bank-Diskonto.	
Berlin Wechsel 4, Lombard	5.
Amsterd. 3½, Brüssel 3½, London	3½.
Paris 3. Petersburg 6. Wien 4.	

Gold, Silber und Banknoten.	
Souvereigns	20,40 bz G
Engl. Banknoten	— —
20-Franks-Stück	16,21 bz
Dollars	— —
Imperials	16,70 bz
Franz. Banknoten	81,20 bz
Oesterr. do.	168,65 bz
Russ. do.	198,40 bz

Leipziger Börse vom 13. Februar.

Zl.	Kgl. Sächs. Anl.	Sächs. Pr.		
3	Renten-Anl.	5000	83,00 bz	
3	do.	1000	83,00 bz	
3	do.	500	83,00 bz	
3	do.	500	83,00 bz	
		Thlr.		
3	Staatsanl. 1830	25	99,40 G	
3	do. 1855	100	91,10 G	
4	do. 1847	500	101,80 G	
4	do. 1870	100	102,25 G	
4	do. 1870	50	102,25 G	

Zl.	Kgl. Sächs. Thlr.		
4	Staatsanl. 67 ab	500	102,25 G
3½	Landrentenbr.		97,10 G
4½	Mansf.-Ew. 1882		101,00 G
4½	do.		101,50 G
4½	do. 1879		103,50 G
5	do. 1873		—
5	do. Em. 1875		103,50 B
4½	Dpz. Stadtobl. 1868		101,00 G
4½	do. 1876		105,25 bz
4	Altb. Landesb.-Obl.		101,75 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt.	
6½ %	Altenburg-Zeitz	196,50 B
14½ %	Aussig-Teplitz	264,00 G
7½ %	Böhm. Westb. (5% g.	128,00 B
7	Buschtehrad. Lit. A.	140,00 bz G
2	do. = B.	76,00 B
6	Dux-Bodenbach	143,00 G
5	Franz-Jos.-B. (5% ab	86,50 B
	Eisenb.-St.-Pr.-A.	
7½/10	Altenburg-Zeitz	177,50 G
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	142,00 B
6	do. = B.	142,00 B
5½	Halle-Sorau-Guben	116,50 G
	Bank- u. Creb.-Akt.	
9	Allg. D. Cr.-A. Lpz.	168,25 bz G
9	Dresdener Bank	124,25 bz
7½	Leipziger Bank	133,75 bz
5½	do. Kassen-Verein	102,00 G
8	do. Disk.-Gesellsch.	105,50 bz G
5½	Sächs. Bank	122,00 G
5½	Weimar. Bank, neue	91,50 G
0	Zwickauer	74,50 G
	Ind.-Akt., Pr. und Stamm-Prior.	
%	Crölius. Papierfabr.	200,00 G
4	do. Lit. Em.	— —
6	do. Schuldverschr.	103,50 G
4	Dörnzweig-Nattin.	119,25 G

Div.		
—	Lpz. Malzf. Schkeud.	183,25 G
7½	Thür. Gasges. i. Lpz.	121,00 G
7½	do. Stamm-Pr.	134,00 B
5	Stette-Elbf.-Gel. Akt.	136,00 G
10	Zuckerraffinerie Halle	128,00 G
10	Sc.-Thür. Bz.-B. St.	194,00 B
10	do. St.-Prior.	194,00 B
7	Ver. Schl.-Th. Baraf. u. Solaröl St.-P.-A.	118,00 G
	Ausl. Eis.-B.-Obl.	
4½ %	Aussig-Teplitzer	103,75 G
5	Böhm. Nordbahn	90,00 G
4	do. do. Gold	92,75 B
5	Buschtiehr. (in Pap.	87,70 G
5	do. Em. 1871	87,70 G
5	do. = 1872	87,70 G
4½	do. Gold	102,50 bz G
5	Dux-Bodenbach	87,00 B
5	do. Em. 1871	86,00 G
5	do. = 1874	105,40 B
4½	Graz-Köflacher	78,60 bz G
5	do.	85,75 G
5	do. Em. v. 1872	85,75 G
5	Kaschau-Oderberg	83,75 B
5	Prag-Dux kn. B.	96,60 G
5	do. II. Em. kn. B.	96,60 G
5	Prag-Turnau	90,00 G

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18840215029/fragment/page=0002